

Eine klassische Verbundaufgabe

Um die Lebensbedingungen der Fahrenden in der Schweiz zu verbessern und um Konflikte zu vermeiden, braucht es mehr offizielle Stand-, Durchgangs- und Transitplätze mit klaren Regeln.

Die Anzahl der Stand- und Durchgangsplätze in der Schweiz für Jenische, Sinti und Roma mit fahrender Lebensweise ist in den vergangenen Jahren gesunken. Derzeit gibt es 31 Durchgangsplätze, nötig wären 80. Bei den ganzjährig bewohnbaren Standplätzen bräuchte es 25 zusätzliche Angebote. Und Transitplätze für ausländische Gruppen gibt es erst fünf statt der angestrebten zehn bis zwölf. Das zeigt der jüngste Standbericht der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Die Fachleute sind sich einig: Werden mehr offizielle Plätze mit klaren Regeln geschaffen, nehmen Konflikte zwischen Fahrenden und Gemeindebehörden bzw. der Bevölkerung ab.

Aufgaben nicht einfach delegieren

An einer Tagung des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) und der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende Ende Januar in Bern wurde anhand von Praxisbeispielen aus den Kantonen Aargau, Zürich, Waadt und Bern aufgezeigt, wie Gemeinden bei der Planung und Bewirtschaftung von Halteplätzen vorgehen können. Allerdings darf diese Aufgabe nicht den Gemeinden allein überlassen werden. «Die Planung und Bewirtschaftung von Plätzen für Fahrende kann nicht top-down verordnet werden. Den Fahrenden ihre Lebensweise zu ermöglichen, ist eine klassische

Verbundaufgabe aller Staatsebenen», sagte Ständerat und SGV-Präsident Hannes Germann. Die Kantone und Gemeinden sind in der Pflicht, die räumlichen Bedürfnisse der Fahrenden in die Richt- und Nutzungsplanung aufzunehmen. Es braucht klare Regeln und eine Sensibilisierung der Bevölkerung, um Vorurteile abzubauen. Auch für den Berner Regierungsrat Christoph Neuhaus, Präsident der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, steht fest, dass «viele Fragen zum Umgang mit Fahrenden nur in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden gelöst werden können». Dabei seien auch die Organisationen der Jenischen, Sinti und Roma einzubeziehen.

Kantonale Fachstellen sind wichtig

Der SGV begrüsst die Initiativen zur Vernetzung von Gemeindebehörden mit Halteplätzen. Es braucht den Austausch von Erfahrungswerten. «Gleichzeitig können die kantonalen Fachstellen die Gemeinden bei der Planung, Schaffung und dem Betrieb von Plätzen unterstützen», sagte Germann. Die kantonalen Fachstellen seien ausserdem wichtige Schnittstellen zwischen den kantonalen Ämtern, den Fahrenden und deren Organisationen sowie der Bevölkerung. *pb*

Unterlagen zur Tagung:

www.tinyurl.com/tagung-fahrende

Für Ausbauschritt 2035

Bis 2035 will der Bundesrat 11,5 Milliarden Franken in Infrastrukturbauten für die Bahn investieren. Eine Variante im Umfang von sieben Milliarden Franken bis 2030 wurde ebenfalls in die Vernehmlassung gegeben. Der SGV bevorzugt klar den Ausbauschritt 2035. Er fordert in seiner Stellungnahme, die Massnahmen weiter zu optimieren und mögliche Einsparungen in zusätzliche Projekte zu investieren. Erste Priorität hat dabei der Teilausbau des Lötschberg-Basistunnels. Für den SGV ist zwingend, dass bei der Umsetzung aller vorgesehenen

Massnahmen die bestehenden Pendlerströme berücksichtigt und allfällige Angebotsverschlechterungen durch ergänzende Massnahmen kompensiert werden. Zudem erwartet der SGV, dass durch den Ausbau bereits entstandene Nachteile für Pendlerregionen so rasch als möglich kompensiert werden, damit für die betroffenen Gemeinden keine längerfristige Standortnachteile entstehen. *red*

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/sn-bahninfrastruktur

Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen

Der Einstieg in die Gemeindepolitik ist anspruchsvoll. Ein neuer Leitfaden der HTW Chur schafft Abhilfe.

Gemeindepolitik ist herausfordernd und reizvoll zugleich. Der Einstieg in das neue Amt gestaltet sich oftmals als Herausforderung, da in vielen kleinen und mittleren Gemeinden keine institutionalisierte Amtsübergabe besteht und diese stark vom Interesse des Vorgängers bzw. der Vorgängerin



abhängt. Um den Einstieg zu erleichtern, hat das Zentrum für Verwaltungsmanagement der HTW Chur mit Unterstützung des SGV ein «Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen» verfasst. Der Leitfaden gibt in konzentrierter Form die wichtigsten Hinweise für einen erfolgreichen Start. Das «Startpaket» entstand mit Unterstützung von Gemeindepolitikerinnen und -politikern aus verschiedenen Kantonen, wodurch auch der unterschiedlichen Terminologie Rechnung getragen wird. In ausgewählten Kantonen ist ein spezifischer Anhang geplant. *red*

Informationen:

www.htwchur.ch/zvm-startpaket